# EXTRABLATT

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

EXTRABLATT 9. Jahrgang MAI 1975


# Arbeitslosigkeit-ein Grundübel des Kapitalismus

**„Der Aufschwung steht bevor"; „Eine leichte Verbesserung der Konjunkturlage zeichnet sich ab . . ." Wer kennt nicht all diese Sprüche aus den Fernsehinterviews mit Regierungsvertretern oder aus den sogenannten „Wirtschaftsgutachten", die immer wieder zu dem Schluß kommen: „Eigentlich steht es doch noch ganz gut."**

**Trotz all diesem Gerede aber bewegt sich die Zahl der Arbeitslosen schon fast ein halbes Jahr über der Millionengrenze. Zwei Millionen Arbeiter, Lehrlinge, kleine und mittlere Angestellte sind zur Zeit direkt von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen. Für sie alle steht mehr oder weniger die Frage: „Wie komme ich da nur durch? Die Miete, die Raten, die Familie?"**

Für die meisten von Kurzarbeit betroffenen Kollegen sind die Sorgen um das Auskommen von Monat zu Monat größer geworden. Vor allem aber für die arbeitslosen Kollegen. Während die bürgerliche Propaganda verbreitet, arbeitslos zu sein, sei heute kein Unglück mehr, der Staat würde für alles sorgen, so wissen die betroffenen Kollegen nur zu gut, daß das glattweg gelogen ist. Viele von ihnen müssen allein bis zu drei Monate warten, ehe sie das erste Geld vom Arbeitsamt bekommen. Aber die fälligen Zahlungen, Miete, die Raten für die letzte Anschaffung? Das stundet keiner. Einschränken und noch mal einschränken. Fleisch auf dem Mittagstisch? – Gestrichen. Neue Sommerkleidung? – Die alte muß reichen. Und das wenige Ersparte, unsere „Sicherheit", ist nur allzu schnell aufgebraucht.

Was viele Kollegen in diesen Tagen und Monaten deutlicher spüren als in den Jahren zuvor, ist: Es gibt für sie im Kapitalismus keine Sicherheit. Nur wenige Wochen sind nötig, vielleicht ein halbes Jahr, und schon sitzen sie da mit Sorgen über Sorgen, wie das mit der Familie weitergehen soll.

Aber es ist nicht nur die wirtschaftliche Sorge um das Auskommen, sondern es ist auch diese elende Demütigung. Vor allem dieser Gang zum Arbeitsamt. Stundenlanges Warten, um immer wieder Formulare über Formulare auszufüllen, immer wieder dieselben Fragen – nur eines nicht: Arbeit. Wir, die wir mit unserer Hände Arbeit den Reichtum dieser Gesellschaft geschaffen haben, werden wie lästige Bettler behandelt, die mit Bittstellermiene zu erscheinen haben. Und hast Du ein Angebot, kommst zu einem Personalchef, dann merkst Du, wie die sortieren, wie sie Dir zeigen: „Wir haben die große Auswahl.": „Was für Krankheiten haben Sie gehabt? Sind Sie schon mal rausgeflogen? Wie alt sind Sie denn eigentlich schon?" – und es ist wie auf dem Sklavenmarkt. Hat die Ware einen kleinen Makel, dann wird sie nicht genommen – es sei denn zu stark herabgesetztem Preis.

Auch bei den anderen Kollegen, die noch voll Arbeit haben, stimmt die Kasse nicht mehr. Lohnraubabschlüsse – die „Stabilitätsabkommen" des DGB-Apparates, Kürzungen übertariflicher Leistungen, Umbesetzungen innerhalb des Betriebes haben den Reallohn und nicht selten auch den Geldlohn sinken lassen. Die Kapitalisten nutzen die Existenz des Arbeitslosenheeres, das sie geschaffen haben, skrupellos aus, um noch mehr Profit aus ihren Lohnsklaven herauszupressen. „Rationalisierung" heißt ihre Devise. Das bedeutet: weniger Arbeiter, aber die gleiche, wenn nicht noch höhere Produktionsleistung wie vorher. Oft werden sogar Leute entlassen, während die restlichen Überschichten schinden müssen. Steigende Unfallzahlen, Zerrüttung der Gesundheit – das ist die Folge. Nur nicht krank werden – das ist bei vielen Kollegen zu einer der größten Sorgen geworden. Grippe, Rheuma, Kreislauf, das zählt schon gar nicht mehr. Bei Audi NSU z.B. sank der Krankenstand von 9,8% im Jahr 73 auf 6,8% im Jahr 74 und im Januar 75 sogar auf 4,3%. Das bedeutet: tausende Kollegen schleppen sich trotz Krankheit zur Arbeit – was kümmert's die Kapitalisten. Für ihren Profit sind sie schon immer über Leichen gegangen.

Doch die Verschärfung der Lage ist nicht spurlos am Bewußtsein der Arbeiterklasse vorübergegangen. **Viele Kollegen, die vielleicht vor ein, zwei Jahren selbst noch sagten: „Was wollt ihr Kommunisten denn, uns geht es doch ganz gut", sehen heute klarer: In dieser Gesellschaftsordnung – auch wenn es dem eigenen Selbstbewußtsein zuwider ist – ist man für die herrschende Klasse, die Kapitalisten ein Nichts, nur ein Dreck, jemand, den sie ausbeuten, ausmisten und dann auf den Abfall werfen können – wie es für sie gerade am günstigsten ist.**




Gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung – vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger.

## Die Maßnahmen der Regierung: Milliarden für die Monopole, Ausplünderung der Werktätigen

**Vom kapitalistischen Staatsapparat, von der Regierung ist nicht die geringste Hilfe zu erwarten. Das haben die Bonner „Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit", das sogenannte „Konjunkturprogramm" nachhaltig deutlich gemacht. Für die Monopole gibt es Milliarden, aber für die Werktätigen nur Lohnleitlinien, Opfer, die gebracht werden sollen und in Bälde wieder eine Steuererhöhung.**

Mit sieben bis acht Milliarden sollen laut Programm die „privaten Investitionen gefördert" werden. Für jede Maschine, jedes neue Produktionsgebäude zahlt der Staat den Kapitalisten einen Zuschuß von 7,5% des Anschaffungspreises. Aber investieren die Kapitalisten etwa, um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern? Im Gegenteil, sie investieren, um sich möglichst hohe Profite zu sichern. Und in der Überproduktionskrise heißt das vor allem, daß sie investieren, um die Rationalisierung voranzutreiben. Auf diese Weise versuchen sie gerade den für Löhne aufzuwendenden Teil des Kapitals so gering wie möglich zu halten. Diese Milliarden dienen also praktisch dazu, Arbeitsplätze wegzurationalisieren. So werden unter dem Vorwand, Arbeitsplätze zu sichern, vom kapitalistischen Staatsapparat den Monopolen Milliarden als Subventionen zugeschustert, die er durch die Ausplünderung der Werktätigen über Steuern und Geldentwertung finanziert.

**Doch dieser Staatsapparat schanzt den Monopolen nicht nur Milliarden Subventionen auf unsere Kosten zu, sondern als Herrschafts- und Gewaltapparat ist er es, der mit seiner Polizei, mit seiner Armee die Niederhaltung der Arbeiterklasse garantieren soll.** Wer erinnert sich nicht, als im August 73 zehntausende Kollegen gegen die Verratsabschlüsse des reaktionären DGB-Apparates sich erhoben, in den Streik traten und Tausende ihre Betriebe besetzten, wie da Polizeitruppen zur Niederschlagung der Streiks bei Hella in Lippstadt, bei Pierburg in Neuß und bei Ford in Köln eingesetzt wurden, weil die geschlossene Kampffront durch leere Versprechungen nicht aufgeweicht werden konnte.

**Der kapitalistische Staatsapparat ist und bleibt ein Instrument der Monopole gegen die Arbeiterklasse. Niemals mit seiner „Hilfe", sondern nur im Kampf gegen ihn können wir auch die Angriffe der Kapitalisten zurückschlagen.**

## Welche Rolle spielt der DGB-Apparat?

Was sollen wir tun? Die Faust in der Tasche ballen und ducken? Oder uns zum Widerstand gegen Kapital und Staatsapparat zusammenschließen? Da kommen dann die DGB-Bonzen und warnen uns: „Kollegen, seid vernünftig! Jetzt müßt ihr eben mal Opfer bringen, damit es aus der Talsohle wieder hinausgeht. Wirtschaftliche Vernunft verlangt stabilitätsgerechte Forderungen!" Aber was ist das für eine „Vernunft", die sie von uns verlangen? Das Beispiel von Audi NSU zeigt das nur allzu anschaulich. Zu Anfang hieß es von den Gewerkschaftsführern: „Bei den Tarifforderungen muß zurückgesteckt werden, um die Kurzarbeit zu verhindern." Damit erzwangen sie den Lohnraubabschluß. Dann hieß es: „Wer keine Entlassungen will, der muß sich auf Kurzarbeit einlassen – die Gewerkschaft tut natürlich ihr möglichstes." Nun aber heißt es: „Wer eine Schließung verhindern will, der muß einigen tausend Entlassungen zustimmen." Und das Ergebnis dieser „Vernunft"? Lohnkürzungen und Abbau sozialer Leistungen und unmenschliche Verschärfung der Arbeitshetze und Kurzarbeit und Entlassungen. **Von 13 000 Arbeitern bei Audi NSU Anfang des letzten Jahres werden am Ende dieses Jahres noch ganze 5 000 übrig sein. Und auch sie werden weiterhin um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen.**

Euer Schicksal, sagen sie, steht und fällt mit dem Betrieb. Die Vertreter des Gewerkschaftsapparates wollen uns damit weismachen, zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten bestehe eine „gemeinsame Interessenbasis". In ihrer Mitbestimmungspropaganda nennen sie dieses angebliche gemeinsame Interesse zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten des öfteren beim Namen: die „Rentabilität" der Betriebe. **Wenn die Gewerkschaftsbonzen sagen, wir Arbeiter und kleinen Angestellten hätten ein Interesse an der Rentabilität der Betriebe, dann können sie ebenso gut sagen, wir hätten ein Interesse an der ständigen Verschärfung der Arbeitshetze, an der Herabdrückung der Löhne auf ein Minimum. Denn Rentabilität im Kapitalismus, die ist dann gewährleistet, wenn die Produktionskosten möglichst niedrig gehalten, d.h. vor allem, wenn möglichst wenig für Arbeitslöhne, „soziale Leistungen", menschenwürdige Arbeitsbedingungen usw. verausgabt wird. Und nichts anderes ist der Sinn und Zweck der Mitbestimmung.** Beispiel dafür ist die Montanunion, sind Betriebe wie Krupp, Hoesch, Mannesmann usw., wo es schon lange die Mitbestimmung gibt und wo die DGB-Führer ausdrücklich betont haben, daß die Mitbestimmung sich günstig auf die Rentabilität auswirkt. Wer weiß, wie z.B. bei der August-Thyssen-Hütte in Duisburg die Arbeitshetze so gesteigert worden ist, daß alle drei Wochen ein tödlicher Arbeitsunfall passiert, wie bei Krupp Kurzarbeit eingeführt wurde, wie bei Hoesch alle Register

an Rationalisierungsmaßnahmen gezogen werden, der wird klarer verstehen, was die DGB-Bonzen mit Mitbestimmung meinen: weitere Knechtung der Arbeiterklasse.

Natürlich treten die DGB-Führer nicht immer offen auf. Wo der Gewerkschaftsapparat nicht verhindern kann, daß es zu Kampfaktionen kommt, da ändert er seine Taktik und gibt vor, den Kampf zu unterstützen, ja sogar an der Spitze des Kampfes zu stehen. So z.B. bei Mannesmann/Demag in Kalldorf oder bei Seibel und Söhne in Erwitte. Doch auch hier tut er es nur, um die entschlossene Kampffront, die sich dort gebildet hat, zu brechen und wirksame Kampfmaßnahmen der Arbeiter zu verhindern. So haben die Gewerkschaftsführer in Erwitte, wo die Arbeiter erfolgreich den Betrieb besetzt hielten, mit Lügen und Demagogie darauf gedrungen, die Kollegen sollten sich doch aufs Arbeitsgericht verlassen und ihre Besetzung aufgeben. Die Kampffront der Kollegen in Erwitte wurde dadurch geschwächt: Eine Betriebsbesetzung ist ein wirksames Kampfmittel – aber Vertrauen auf das Arbeitsgericht? Tausende Kollegen, die gegen ihre Entlassung vor dem Arbeitsgericht geklagt haben, mußten erfahren, daß diese Gerichte als Institutionen des kapitalistischen Staatsapparates nicht anders im Namen der Kapitalistenklasse Recht sprechen, wie die anderen Gerichte auch.

**Was bezwecken die DGB-Bonzen, wenn sie systematisch Illusionen über das kapitalistische System unter den Arbeitern verbreiten, wenn sie zugleich vor jeder wirklichen Kampfaktion drohend den Finger erheben, daß dann alles noch schlimmer würde? Es geht ihnen darum, planmäßig auf die Spaltung und Zersetzung der Kampffront hinzuarbeiten, um dann im geeigneten Moment offen abzuwiegeln und den Kampf abwürgen zu können. Ihre Heimtücke und Gemeinheit kennt dabei keine Grenzen.**

**Gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung konsequent anzukämpfen, heißt nicht nur Kapital und dem kapitalistischen Staatsapparat unversöhnlich gegenüberzustehen, sondern ebenso dem DGB-Apparat.** Der Funktionärsapparat des DGB gehört ja selbst zu einem der größten Konzerne der Bundesrepublik (Bank für Gemeinwirtschaft, Neue Heimat, Coop usw.) und er ist völlig mit dem monopolkapitalistischen Staat verwachsen und verfilzt. Man kann die Bonzen nicht „abwählen" oder den Gewerkschaftsapparat „demokratisieren", genauso wenig, wie man den bürgerlichen Staat „demokratisieren" oder „reformieren" kann. **Wie der Staat das Herrschaftsinstrument des Kapitals gegen die Arbeiterklasse ist, so ist der Gewerkschaftsapparat ein Unterdrückungsinstrument des Kapitals in den Reihen der Arbeiterklasse selbst.** Das machen allein schon die immer häufigeren Ausschlüsse aus den Gewerkschaften deutlich. Wer sich konsequent gegen Kapital und Staat einsetzt, wer die Politik der Klassenversöhnung des DGB-Apparates entlarvt, der fliegt schon als einfaches Mitglied raus – geschweige denn, daß er irgendwelche Funktionen erobern könnte – und wenn er tausendmal die Mehrheit hinter sich hat. Und mehr noch – oft genug sind es sogar die Betriebsratsbonzen des DGB selbst, die dafür sorgen, daß solche kämpferischen Kollegen nicht nur aus der Gewerkschaft, sondern auch noch aus dem Betrieb fliegen.




**Gegen den Regierungsmai des DGB-Apparates: Roter 1. Mai in Dortmund 1975.**

## Der Betrug der D'K'P-Revisionisten

**Die Krise – für die Werktätigen gleichbedeutend mit Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und wachsendem Elend – läßt sich im Kapitalismus nicht beseitigen. Sie ist untrennbar mit ihm verbunden.** Es ist die Jagd der Monopole nach Höchstprofiten, die für die Arbeiter stets schärfere Ausbeutung bedeutet. Sie bedeutet, daß das gesamte arbeitende Volk durch die Monopole rücksichtslos ausgeplündert wird. Millionen arme und mittlere Bauern und kleine Gewerbetreibende in der Stadt werden ruiniert. Mit Hilfe des Staatsapparates wird die Inflation angeheizt und die Steuerschraube immer fester um den Geldbeutel des kleinen Mannes gezogen. Im Ergebnis dieser Ausplünderungspolitik verarmen immer größere Schichten der Gesellschaft und das Elend unter den werktätigen Menschen wächst.

Gleichzeitig aber weiten die Monopole ihre Produktion aus auf Teufel 'komm raus. Denn wer seine Arbeiter am Tag 1 000 Autos fertigzustellen zwingt, produziert mit größerem Profit als der Konkurrent, der nur 500 Stück vom Band gehen läßt. Ist es denn da verwunderlich, daß in einem solchen Ausbeutersystem plötzlich ein scharfer Gegensatz aufklafft zwischen einem riesenhaft anwachsenden Angebot an bestimmten Waren auf der einen Seite und einer viel zu schwachen, sich ständig verringernden zahlungsfähigen Nachfrage auf der anderen Seite? Das Gesetz der kapitalistischen Konkurrenz, der Anarchie der Produktion führt unweigerlich und gesetzmäßig immer wieder zu diesen Überproduktionskrisen, wo in immer größerem Maße Waren da sind – aber die werktätigen Massen, die sie schließlich geschaffen haben, sie dennoch nicht kaufen können. Das geht soweit, daß die Arbeiter hungern, Kinder Hungers sterben müssen, während zugleich Lebensmittel im Überfluß vernichtet werden. Diese Krisen zeigen in offenster Form, daß der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital unversöhnlich ist.

Die modernen Revisionisten der D„K"P aber treten auf, als hätten sie nun das Ei des Columbus gefunden, um den Kapitalismus von den Krisen zu befreien: „Man muß die Kaufkraft der Massen erhöhen und die Preise stoppen, damit die Waren verkauft werden können und die Produktion weiter gehen kann. Das ist doch auch im Interesse des Kapitals. Dann werden auch die Arbeitsplätze sicherer und es geht wieder bergauf mit unserer Wirtschaft."

Vorsicht Kollegen! Das läuft genau wieder darauf hinaus, daß es gemeinsame Interessen zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern geben soll. Und dahinter steckt nichts als gemeiner Bluff. Wenn die Erhöhung der Massenkaufkraft sowohl im Interesse der Kapitalisten als auch im Interesse der Werktätigen wäre, warum sind dann die Kapitalisten noch nicht selbst auf diesen „famosen Einfall" gekommen? Die Kapitalisten denken doch nicht einmal im Traum daran, den Arbeitern freiwillig mehr Lohn zu geben. Das würde ja schließlich ihren Profit schmälern. Nehmen wir aber einmal an, infolge eines mächtigen Streiks würde die Kaufkraft der werktätigen Massen spürbar ansteigen – was wäre unweigerlich die Folge? Abgesehen davon, daß die Monopole durch Preissteigerungen, durch verschärfte Inflation, durch Steuererhöhungen usw. den Arbeitern die Lohnerhöhung in kurzer Zeit wieder gestohlen hätten, würde infolge gestiegener Nachfrage jeder Kapitalist die Produktion sofort wie wild erweitern und nach einiger Zeit wäre die Überproduktion mindestens genau so verheerend wie zuvor.

Schon diese einfachen Überlegungen zeigen, daß die Forderung der D„K"P nach „Kaufkrafterhöhung" Unsinn ist. Was die Frage eines Preisstopp-Gesetzes betrifft, so zeigt bereits die Erfahrung in den USA, daß bisher jedes derartige Gesetz zwar nichts am Steigen der Preise änderte, daß es aber immer als Vorwand für ein Einfrieren der Löhne ausgenutzt wurde. Überhaupt würde der kapitalistische Staatsapparat niemals Gesetze schaffen, die sich gegen das Kapital richten.

**Sind die D„K"P-Führer denn zu dumm, um die Unsinnigkeit ihrer Losungen zu erkennen? Nein, keineswegs! Sie stellen solche Forderungen auf, weil sie damit die Arbeiter davon abhalten wollen, die Ursachen von Arbeitslosigkeit und Teuerung zu erkennen und zu bekämpfen. Sie wollen darüber hinwegtäuschen, daß Krisen im Kapitalismus unvermeidlich sind und daß sie nur beseitigt werden können durch die Beseitigung des Kapitalismus.** Sie sind Verräter an den Lehren des Marxismus-Leninismus, die Begriffe des Marxismus-Leninismus, einzelne – oft sogar noch entstellte – Zitate von Marx, Engels und Lenin nur darum benutzen, um ihren Verrat zu tarnen. Sie hoffen, daß auf diese Weise die Massen ihnen Glauben schenken, wenn sie von der Reformierbarkeit des Kapitalismus, vom friedlichen Reformweg zum Sozialismus schwatzen. Sie sind eine Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse, die nur den einen Zweck verfolgt: die kapitalistische Knechtschaft zu verewigen.

Was die Revisionisten für üble Verräter sind, zeigt sich deutlich auch an ihrer Parole „Ostverträge sichern Arbeitsplätze". Den Krupp und Co. haben diese Verträge gewiß die Profite gesichert – aber für die Krupp-Arbeiter heißt es in den nächsten drei Monaten nicht anders als für hunderttausende andere: Kurzarbeit. Tatsächlich nutzt die D„K"P den Wunsch der Kollegen nach sicheren Arbeitsplätzen aus, um das Vordringen des sowjetischen Sozialimperialismus zu begünstigen und die Ohren unseres Volkes für das Waffengerassel der neuen Zaren im Kreml taub zu machen. Und die sowjetischen Sozialimperialisten rüsten währenddessen wie wild, um eines Tages gewaltsam Westeuropa ihrem Völkergefängnis einzugliedern. **Das zeigt klar, daß die D„K"P-Revisionisten nicht nur Agenten der westdeutschen Kapitalistenklasse sind, sondern auch teuer bezahlte Handlanger der Moskauer Kriegsbrandstifter.**

## Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf!

Anhaltende Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, immer schlimmere Arbeitshetze in den Betrieben, Verschärfung der Ausbeutung – all das hat den Klasseninstinkt vieler Kollegen geschärft und läßt sie klarer erkennen: **Auch in den geringsten Tageskämpfen führt kein Vertrauen auf die Kapitalisten, den Staat oder den reaktionären Gewerkschaftsapparat zum Ziel, sondern auch im Kampf um mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen usw. werden Erfolge nur im unversöhnlichen revolutionären Klassenkampf erstritten. Sie werden erstritten im Kampf gegen die allseitigen Versuche der Bourgeoisie, in die Reihen der Arbeiter Resignation und Spaltung durch den DGB-Apparat und die D„K"P-Revisionisten hineinzutragen. Erfolge werden dann errungen, wenn die klassenkämpferischen Kollegen sich auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen, wenn sie innerhalb der Gewerkschaften sich gegen die reaktionäre Führung zu einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammenschliessen, die in der Lage ist, in den Kämpfen der Arbeiter gegen die Einschüchterungs- und Ablenkungsmanöver des DGB-Apparates und der D„K"P-Revisionisten den Kollegen eine revolutionäre Führung zu geben, auf die sie sich stützen können, um die sie sich im Kampf zusammenschließen können.**

Eine solche Revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird in den Tageskämpfen des Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, eine wirkliche Schule für den Kampf um die proletarische Revolution sein. Denn auch der revolutionär geführte Tageskampf gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung wird der Arbeiterklasse im Kapitalismus keine gesicherte Existenz erringen können. **Krise, Arbeitslosigkeit und Lohnraub – sie können nur beseitigt werden durch die Beseitigung des Kapitalismus selbst, durch den Sturz der Kapitalistenklasse und die Zerschlagung ihres Herrschafts- und Unterdrückungsinstrumentes, den kapitalistischen Staatsapparat. Nur die Zerstörung der alten Ausbeuterordnung durch die proletarische Revolution und die Errichtung des Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats wird der kapitalistischen Krisenwirtschaft ein Ende setzen. Dann wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endgültig abgeschafft, die Grundlage für Krise und Elend der Massen beseitigt sein.**

**Das sozialistische China und das sozialistische Albanien zeigen, daß diese Lehren des Marxismus-Leninismus sich vollauf bestätigen, daß es tatsächlich einen Ausweg für die werktätigen Massen aus dem Ausbeuterjoch gibt. Umgeben von einer faulenden, sterbenden, parasitären kapitalistischen Welt, die von einer tiefen und unheilbaren Krise zerfressen wird, steht der Sozialismus in Albanien und China wie Stahl. Dort gibt es keine Arbeitslosigkeit, keine Inflation und Teuerung, keine Ausbeutung der werktätigen Massen, denn dort sind die Arbeiter die Herren im Lande und bauen voller Stolz unter Führung ihrer kommunistischen Partei eine Gesellschaft im Dienste des Menschen auf.**

**Dieses Ziel auch in Deutschland zu erringen, kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution!**

GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT, LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG! VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

VORWÄRTS ZUM AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

### Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

Verantwortlich im Sinne des Presserechts Gernot Schubert, Bochum. Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Druck NAV GmbH, 1 Berlin 36. Bestellungen an: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname ..................

Beruf ..................

Postleitzahl/Ort ..................

Straße ..................
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift..................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,- DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

### Parteibüros der KPD/ML

**BIELEFELD**
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

**BOCHUM**
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19 Uhr Sa. 10-13 Uhr Tel. 0234/ 51 15 37

**BREMEN**
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi 16-19, Sa 9-13

**DORTMUND**
Wellinghofer Str. 103. Tel. 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr. Sa. 10-14 Uhr.

**DUISBURG**
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr

**HAMBURG**
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel. 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**HANNOVER**
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

**KIEL**
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

**KÖLN**
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

**LÜBECK**
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

**MANNHEIM**
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**MÜNCHEN**
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

**MÜNSTER**
Bernhart Ernst Str. 6. Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 16 – 18.30 Uhr, Sa. 11 – 14 Uhr

**STUTTGART**
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

**WESTBERLIN**
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.